

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 7-8

Artikel: Deutschland und die Mythen des "Anti"
Autor: Grunenberg, Antonia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165304>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ANTONIA GRUNENBERG,
geboren 1944 in Dresden, ist apl. Professorin für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen und Publizistin. Sie arbeitet auf dem Gebiet der Politischen Theorie und der Politischen Kultur. 1993 erschien im Rowohlt Verlag ihr Essay «Antifaschismus – ein deutscher Mythos».

DEUTSCHLAND. MYTHEN UND REALITÄTEN

Deutschland und die Mythen des «Anti»

Politik und Ideologie des «Anti» wirkten in der deutschen Nachkriegsgeschichte in verschiedenen Koalitionen: als Anti-Modernismus, Anti-Liberalismus, Anti-Faschismus, Anti-Kommunismus. Das Ende der Blöcke bringt zwar Freiheit, aber anscheinend kein Ende des bipolaren Denkens.

Durchaus paradigmatisch liest sich heute, was der Psychoanalytiker Manès Sperber im Rückblick über seine Weltsicht als junger Kommunist in der Weimarer Republik notierte: «Hüben – drüben... Hier eine Welt des Niedergangs, in der das ewig Gestriges mordend verendet – dort eine Welt im Aufbau für neue Menschen. Drüben – hüben: die Sowjetunion, das sozialistische Sechstel der Erde auf einer Seite – die fünf Sechstel auf der andern, wo man angesichts von Verhungernden Weizen verbrannte, um den Preis zu halten, und wo sich die Kohlehalden haushoch türmten, indem in den Hütten der Ausgesteuerten Kinder erfroren. Seit die Krise begonnen hatte (gemeint ist die Weltwirtschaftskrise von 1929 – die Verf.), wurde dieses Alternativedenken unabweisbar, zwingend.» (Manès Sperber: Die vergebliche Warnung. All das Vergangene..., München 1980, S. 186.)

Ein solches Pathos des dualistischen Denkens trifft man zwischen den beiden Weltkriegen nicht nur bei den Kommunisten an. Es findet sich quer durch die sozialen Schichten und die politischen Lager, auch bei jungen Sozialdemokraten und linksliberalen Intellektuellen. Es ist in der anti-faschistischen Ideologie ebenso vertreten wie (mit anderen Konnotationen) im Anti-Republikanismus der Rechten, im Anti-Kapitalismus ebenso wie im Anti-Kommunismus.

Verspätete politische Moderne

Seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bot Deutschland auch deshalb einen so fruchtbaren Boden für die Ausbreitung dualistischer bzw. dichotomischer Ideologien, weil das Land von eigentümlichen Ungleichzeitigkeiten geprägt war. Einerseits war es trotz Vielstaatlichkeit zur führenden Industriemacht herangewachsen, andererseits aber war der Einheitsstaat spät, von oben dekretiert und ohne demokratische Bewegung gekommen. Die parlamentarischen Formen der politischen Interessenorganisation konnten sich ohne ein politisch bewusstes Bürgertum nicht recht entfalten.

Anti-bürgerliche Affekte waren nicht nur in den Reihen der Arbeiterbewegung präsent; sie motivierten auch jene Schichten, die zwar von der Modernisierung profitierten, den damit einhergehenden sozialen und politischen Wandel aber ablehnten und den revolutionären bürgerlichen Traditionen der Engländer, Nordamerikaner und Franzosen fremd gegenüberstanden.

In der deutschen Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts sah man die Welt, insbesondere die der Deutschen, in einen Kampf der Gegensätze verstrickt. In den politischen Imaginationen des englischen Wahl-Deutschen Houston Stewart Cham-

berlain, des Populärwissenschaftlers *Eugen Dühring* oder der völkischen Kulturkritiker *Oswald Spengler* und *Christoph Steding* befanden sich die Deutschen in einem ewigen Kampf gegen das Anti-Deutsche: gegen Juden, Engländer, Franzosen, Russen, Niederländer, Schweizer, Rundköpfe, Krummnasen, Theologen, Aufklärer...

Mit gängigen Dualismen grenzte sich das Bildungsbürgertum gegen benachbarte Kulturen ab. Gegen den französischen «Esprit» wurde die Tiefe der deutschen «Volksseele» beschworen. Der Mythos einer substanzialen deutschen Kultur wurde gegen die angebliche Oberflächlichkeit einer europäischen (insbesondere französischen) Zivilisation ausgespielt. Die Engländer galten in diesem metaphernreichen politischen Horizont als Volk der (jüdischen) Händler, deren Demokratie des Aushandelns und Kompromisseschliessens dem «Wesen» der Deutschen nicht angemessen schien. Aus Stereotypen wie diesen schöpfte auch der in Deutschland sprichwörtlich gewordene Anti-Liberalismus.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg wirkten derartige stereotype Bilder und Vorurteilsstrukturen weiter: Deutschland, das nach Meinung breiter Schichten angetreten war, in diesem Krieg die Gegensätze, denen es sich ausgeliefert wähnte, zu überwinden, sah sich nach der Niederlage erneut als ihr Opfer.

Auf der radikalen Linken entstand aus der Kritik an den sozialen Folgen der Modernisierung und an der reformerischen Position der Mehrheitssozialdemokratie insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg eine heftige Ablehnung der ersten demokratischen Republik, die ihre Schärfe aus der Vision einer radikal egalitären politischen und sozialen Neuordnung gewann. Dies waren denkbar schlechte Voraussetzungen für eine junge Republik, die auf inneren und äusseren Frieden setzen musste.

Die ideologische Gestalt des Antifaschismus in Deutschland ist ohne diese Tradition der Anti-Bürgerlichkeit und ohne das Denken in Dualismen und Dichotomien nicht zu begreifen. Antifaschismus ist daher auch nicht nur aus der Tradition der Arbeiterbewegung mit ihren radikalen Gruppierungen zu erklären.

Eine Welt – in zwei Teile gespalten

Bis in den Alltag hinein wurden in der Weimarer Republik Gesellschaft, Staat und Welt als gegensätzlich und widersprüchlich erlebt und verarbeitet. Was der alte Manès Sperber über sein junges *alter ego* geschrieben hatte, das war nicht nur Kopfgeburt, sondern gründete auf eigenem Erleben und Mit-Leiden. Die krassen Gegensätze zwischen arm und reich, zwischen Kriegsgewinnlern, Spekulanten und Arbeitslosen bzw. «Ausgesteuerten» prägten die Republik ja wirklich. Doch die handelnden Personen und Parteien wurden auch zu Opfern einer *self-fulfilling prophecy*, die auf die «reinigende Wirkung» des «Kampfes» (oder des Klassenkriegs) vertraute und in der die Gegensätze endgültig gelöst werden sollten. So nimmt es nicht wunder, dass der Sozialstaatskompromiss, auf dem die Verfassung der Weimarer Republik aufbauen sollte, von seinen linken Kritikern weit hin als das Zuckerbrot einer sozialdemokratischen Parteitaktik kritisiert wurde, die sich in der Regel doch nur auf die Peitsche (Polizei und Militär) verliess.

Antifaschismus als Ideologie und soziale Kampfstrategie entsteht in diesem Kontext schon in den zwanziger Jahren, lange vor der Heraufkunft des Nationalsozialismus in Deutschland. Er verdankt sein Entstehen der Machtergreifung des Faschismus in Italien 1922. Aber in Deutschland richtet er sich gegen einen aggressiven Profit-Kapitalismus und die politische Rahmenordnung, die seinen brutalen Auswüchsen keine wirksame Kontrolle entgegensezte.

Anti-Faschismus vor dem Zweiten Weltkrieg meint aber nicht nur, wie der Begriff nahelegt, eine Gegnerschaft zu einer im Entstehen begriffenen Machtordnung, sondern zielt auf eine den Faschismus bzw. Nationalsozialismus überwindende politische Gegen-Ordnung, den Sozialismus. An ihr orientiert sich jene pathetische Erzählung, die Manès Sperber seinem jugendlichen *alter ego* in den Mund legt. Die radikale Linke votiert im Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht für die Sanierung der demokratischen Ordnung, weil sie diese für die Wegbereiterin des Faschismus hält.

**Deutschland,
das nach
Meinung breiter
Schichten
angetreten war,
in diesem Krieg
die Gegensätze,
denen es sich
ausgeliefert
wähnte, zu über-
winden, sah sich
nach der Nieder-
lage erneut als
ihr Opfer.**

Antifaschismus als Staatsmythos: Die DDR

1945 wird das besiegte und befreite Deutschland unter die Besatzung der Siegermächte gestellt und aufgeteilt. Doch schon wenige Jahre später erweist sich die Teilung als Beginn einer weltweiten Blockbildung.

Der Dualismus ist nun global. Der Antifaschismus der Nachkriegszeit unterscheidet sich von dem der Weimarer Republik und der Kriegszeit grundsätzlich, weil er das jenseitige Ziel als diesseitige Politik verfolgen kann: die Errichtung eines nicht-kapitalistischen Staates, in dem die parlamentarische Interessenorganisation und das demokratische Rahmenwerk nur noch eine marginale Rolle spielen.

Der junge, unter Aufsicht der sowjetischen Militärbehörden und der KPdSU aufgebaute Staat der DDR versteht sich als radikalste und als einzige mögliche Antwort auf den Terrorstaat des Nationalsozialismus. Aber die die Staatsgründung begleitende ratio «*Kapitalismus führt zum Faschismus*» zielt natürlich nicht nur auf die Beseitigung der Reste des Nationalsozialismus, sondern auch auf die Verhinderung einer neuen bürgerlichen Republik. Die DDR optiert für einen völligen Neubeginn.

Diese Volte, die es den Staatsgründern ermöglicht, die Kontinuität der deutschen Geschichte aufzubrechen, führt dazu, dass Geschichte in der DDR als Staatsgeschichte von Siegern weitergeschrieben wird. Sie knüpft bruchlos an den Antirepublikanismus der Linken in der Weimarer Republik an. Der Widerstand in den Konzentrationslagern, Internierungslagern und Zuchthäusern wird für die Legitimation des neuen Staates funktionalisiert. Das demokratische Erbe des Westens, auf das sich die Häftlinge von Buchenwald in ihrem berühmten «Schwur» auch berufen hatten, wurde umgemünzt in die Verpflichtung, den antifaschistischen und antikapitalistischen Staat aufzubauen.

Doch war der Antifaschismus der DDR nicht nur Gründungsmythos. Die politische Führung beseitigte unter breiter Zustimmung der Bevölkerung die Reste der nationalsozialistischen Bildungs- und Verwaltungsstruktur, verstaatlichte den Kapital- und den Grossgrundbesitz.

***Der Erfolg
des anti-
faschistischen
Konsenses
beruhte darauf,
dass er
gleichermaßen
als ideologische
Erziehungs-
diktatur wie
als autoritärer
Sozialstaat
wirkte.***

Der Jahrzehntelange Erfolg des antifaschistischen Konsenses beruhte darauf, dass er gleichermaßen als ideologische Erziehungsdiktatur wie als autoritärer Sozialstaat wirkte, der in bevormundender Fürsorglichkeit seinen Bürgerinnen und Bürgern auch die «richtige Weltanschauung» verordnete.

Die Politik des neuen Staates konnte an ein kollektives Scham- und Versagensgefühl anknüpfen, dessen Wortlosigkeit durch den staatlich sanktionierten Antifaschismus aufgefangen werden konnte, ohne dass individuelle Erinnerungsarbeit notwendig war. Die Gründung einer Partei für ehemalige Nationalsozialisten, das Angebot der sozialen Integration in einem Staat, der Loyalität forderte und dafür Entschließung bot, all dies erhöhte die Attraktivität des antifaschistischen Staates. Der soziale und politische Konsens, der dadurch geschaffen wurde, hält bis in die achtziger Jahre hinein.

Erst unlängst ist aus Aktenfunden bekanntgeworden, dass der Staatssicherheitsdienst ehemalige NS-Funktionäre zur Mitarbeit im Staatssicherheitsdienst der DDR erpresste. Die Akten enthüllen auch, dass nationalsozialistische Verbrechen aus taktilen Erwägungen der Staatsräson Jahrzehntelang ungesühnt blieben.

Antifaschismus versus Antikommunismus: Die Bundesrepublik

Der Antifaschismus der DDR war auch deshalb so erfolgreich, weil er als *alter ego*, ja als verkörpertes schlechtes Gewissen des westdeutschen Staates auftrat und sich mit dieser Gegnerschaft auch legitimierte. Und umgekehrt wurde im Zeitalter der Blockordnung Antifaschismus in der Bundesrepublik als Synonym für Pro-Sowjetismus marginalisiert und durch einen Antikommunismus ersetzt, der die DDR als Vorposten des «sowjetischen Blocks» anprangerte.

Dabei ist der Antikommunismus der Nachkriegszeit ein anderer als der der Zwischenkriegszeit. Die Stellung des Westens zu den revolutionären Bewegungen in Europa und zu Russland nach 1918 war teils militant (wie die Intervention der Westmächte in den russischen Bürgerkrieg 1918 bis 1921), teils aber auch ausserordentlich schwach, wie die Unfähigkeit der

demokratischen Parteien beweist, der radikalen Linken Stimmen abzunehmen. Der Antikommunismus nach 1945 ist stark, weil er um die Verbrechen des Stalinismus weiss, auf einer stabilen sozialen politischen Rahmenordnung ruht, von den West-Alliierten beschützt wird, von der Sowjetunion als Feind-Bild bestätigt wird – und weil es angesichts der Teilung der Welt in Blöcke keine Alternative gibt.

Die junge Bundesrepublik setzte – im Unterschied zu ihrem feindlichen Schwesternstaat DDR – als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches auf die Kontinuität der Eliten. Auch ihr kam dabei die Bereitschaft der Kriegsgeneration zugute, über das Vergangene zu schweigen, die Arbeit des Neuanfangs vor die der Erinnerung zu setzen.

So hatte ein antikapitalistischer Antifaschismus in der Bundesrepublik keine Chance. Aber der Umkehrschluss trifft eben auch nicht zu. Die Bundesrepublik war kein Nazinachfolgestaat, auch wenn Umfragen bis Ende der fünfziger Jahre einen hohen Prozentsatz von Antisemitismus und Sympathie für den Nationalsozialismus ergaben.

Die neue Republik gründete sich nicht nur auf die teilweise Kontinuität der alten Eliten; sie legitimierte sich auch über konservative Persönlichkeiten, die im Widerstand oder zumindest Anti-Nazis gewesen waren. Dazu gehörten führende Politiker der ersten Generation: *Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Alois Hundhamer, Josef Müller...* Dennoch brauchte der konservative Widerstand in der politischen Kultur der Bundesrepublik lang, um seinen Platz in der deutschen Geschichte zu behaupten.

Zu dem widersprüchlichen Bild der jungen Bundesrepublik gehörte auch, dass einige Minister und hohe politische Beamte eine nationalsozialistische Vergangenheit hatten (z. B. *Hans Globke* oder *Theodor Oberländer*), und dass gleichzeitig die charismatische Persönlichkeit des Widerstandskämpfers und KZ-Häftlings *Kurt Schuhmacher* (SPD) die ersten Jahre der Bundesrepublik mit prägte. Der sozialdemokratische Widerstand im Exil, den die CDU jahrelang als «Vaterlandsverrat» denunziert hatte, wurde freilich erst mit der Kanzlerschaft des Wider-

standkämpfers *Willy Brandt* (1969) rehabilitiert.

Mitte der sechziger Jahre brach mit dem Beginn der Auschwitz-Prozesse und dem erstmaligen Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung (1967) auch öffentlich jener starre antikommunistische Konsens auf, mit dem sich viele Altnazis so gut hatten identifizieren können.

Die junge studentische und ausserparlamentarische Bewegung, die seit Mitte der sechziger Jahre an den Universitäten und den anderen Bildungsinstitutionen entstand, attackierte die Kultur des Schweigens, die auf Kontinuität gesetzt hatte und forderte eine Kultur des radikalen demokratischen Neubeginns.

Mit dem Antifaschismus der DDR verband viele junge Radikaldemokraten auch eine fundamentale Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und an einem parlamentarischen System, in dem sie nur Kontinuität, aber nicht die demokratische Selbsterneuerung sahen. So hatten unter ihren Attacken denn auch nicht nur alte Nazis und ihre Beschützer zu leiden, sondern auch verdiente Sozialdemokraten und integre Konservative. Darin wiederholte sich noch einmal als historisches Aperçu jener antiliberalen Impuls des Antifaschismus, der sich in der Zwischenkriegszeit so verheerend auf die Weimarer Republik ausgewirkt hatte. Nur dass die zweite deutsche Republik aufgrund der Stabilität ihres Parteiensystems und ihres Schutzes von aussen unvergleichlich stabiler war.

Das Jahrhundert des «Anti»

Dieses Jahrhundert wird wohl auch als Jahrhundert der Anti-Ideologien in die Geschichte eingehen. Politik und Ideologie des «Anti» wirkten in verschiedenen Koalitionen. Das «Anti» war in staatlichen Ordnungen ebenso präsent wie in intellektuellen Utopien. Nach 1945 gingen die Vorkriegsdualismen in eine globale Blockordnung ein. Die Blöcke brachten Unfreiheit in einem Teil der Welt, aber gleichzeitig sicherten sie den Frieden. Das Blockdenken ist auch heute noch nicht überwunden. Die heftigen Debatten unter Deutschlands Intellektuellen über linke und rechte Identitäten stehen paradigmatisch für eine verunsicherte Öffentlich-

**Im Zeichen
der grossen
Unübersichtlich-
keit ist das
gewalttätige
Dagegen-Sein
ein Ausdruck
der Sehnsucht
nach bipolarer
Ordnung,
in der klar
nach «Freund»
und «Feind»
unterschieden
werden kann.**

keit, die sich von den traditionellen Koordinaten politischen Denkens und Handelns nicht trennen mag. Selbst die gewalttätigen Reaktionen jugendlicher Bands auf die Umbrüche in beiden Teilen Deutschlands lassen noch erkennen: Im Zeichen der grossen Unübersichtlichkeit ist das gewalttätige Dagegen-Sein ein Ausdruck der Sehnsucht nach bipolarer Ordnung, in der klar nach «Freund» und «Feind» unterschieden werden kann. Auch der Antifaschismus hat trotz seiner totalitären Hypothek wieder an Aktualität gewonnen. Der neue Rechtsradikalismus, der in Deutschland seit Auschwitz andere Konnotationen hat als etwa in Italien, Frankreich oder England, verlangt scheinbar nach «Gegenkonzepten». Doch die Beschwörung eines antifaschistischen Konsenses schleppt

immer auch jenen antiliberalen Impuls mit sich, welcher der Weimarer Republik so geschadet hat und der neuen bundesdeutschen Demokratie nicht nützt.

Die grosse Herausforderung für die neue Bundesrepublik besteht in einer sozialen und politischen Integrationsleistung.

Demokratie ist eben nicht nur Wohlfahrtsstaat plus Parlamentarismus, sondern auch Bürgertugend (und ziviler Ungehorsam), individuelle Selbstverantwortlichkeit (und Gemeinsinn), Interessenpolitik (und Ausgleich). Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist womöglich noch klarer geworden, dass es in der Bundesrepublik wieder einmal um eine aktive Inbesitznahme und Belebung der Demokratie geht und nicht nur um die Verbesserung ihrer Verwaltung. ♦

ANTONIA GRUNENBERG

RÜDIGER GÖRNER,
geboren 1957, lehrt
Neuere deutsche
Literatur- und Kultur-
geschichte an der Aston
University (England).
Mitarbeiter zahlreicher
Zeitungen und Zeit-
schriften, u. a. «Neue
Zürcher Zeitung», «Neue
Gesellschaft/Frankfurter
Hefte». Jüngste Buch-
veröffentlichungen:
«Beethovens Briefe und
Aufzeichnungen» (Insel
Verlag), Hölderlins Mitte
(Iudicium Verlag,
München). Lebt seit
1981 in London.

KULTURNATION?

Anmerkungen zu einem politik-ästhetischen Begriff

Meint Staatsnation auch schon Kulturnation? Angesichts des erstarkenden deutschen Nationalbewusstseins empfiehlt es sich, die beiden Begriffe in ihrer gegenwärtigen und historischen Wechselwirkung zu überprüfen.

Angesichts der Vereinigung der beiden deutschen Staaten scheint es geboten, einen abschwellenden Schwangesang auf die allzu deutsche Differenzierung zwischen *Staatsnation* und *Kulturnation* anzustimmen. Denn die vereinigte, föderalistisch strukturierte deutsche Staatsnation ist, zumindest nominell, wieder identisch geworden mit jener in der Vergangenheit oft metapolitisch verstandenen Idee der Kulturnation. Die kulturelle Tradition sollte, aus der Sicht der Intellektuellen, die politische Zersplitterung der Nation kompensieren; das traf für das Jahrhundert vor Bismarcks problematischem Einigungswerk ebenso zu wie nach dem verbrecherischen Bankrott des deutschen Nationalstaates, der zu seiner Spaltung führte. Selbst in Form von Trümmern galt die «Kultur» als probates

Bindemittel, wobei der Anschein erweckt wurde, dass sie, anders als der Staat, im Prinzip keinen dauerhaften Schaden davongetragen habe.

Kultur und Zivilisation – Trennung oder Durchdringung?

Nach 1918 konnte Friedrich Meinecke, auf den diese begriffliche Differenzierung des Nationalen zurückgeht, erleichtert feststellen: «Die geistige Freiheit der Persönlichkeit, eingebettet in die lebendige Gemeinschaft der Kultur- und Staatsnation, haben sich dadurch (gemeint ist der Sieg über den Bolschewismus), zwar nicht unlädiert, unter uns behaupten lassen.» In seiner grundlegenden Erörterung über «Weltbürgertum und Nationalstaat» (1908) hatte Meinecke das Verhältnis von